

Stand: 07.02.2026 23:42:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/19616

"Mobilfunkausbau nicht auf die Kommunen abwälzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/19616 vom 12.12.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 120 vom 13.12.2017
3. Mitteilung 17/20334 vom 24.01.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Mobilfunkausbau nicht auf die Kommunen abwälzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Schließung von Mobilfunklücken im Freistaat in eigener Regie mit staatlichen Mitteln durchzuführen und nicht auf die Kommunen abzuschieben.

Begründung:

Zur Schließung der Mobilfunklücken in dünnbesiedelten Gebieten, in denen der Ausbau für die Netzbetreiber unwirtschaftlich und nicht vertraglich festgelegt ist, ist ein staatliches Förderprogramm geplant. Ähnlich wie beim Breitbandförderprogramm sollen die Gemeinden beim Bau von Mobilfunkmasten durch den Freistaat gefördert werden. Die Gemeinden müssten eine Markterkundung durchführen und sollte das Projekt förderfähig sein, würden sie vom Freistaat 80 Prozent der Kosten, maximal 200.000 Euro pro Mast und insgesamt 500.000 Euro pro Gemeinde, erhalten. Das gesamte Förderprogramm soll eine Höhe von insgesamt rund 80 Mio. Euro haben.

Das große Problem ist, dass die verbleibenden 20 Prozent der Kosten sowie die Abwicklung und der bürokratische Aufwand wieder den Kommunen aufgebürdet werden. Da sich die „weißen Flecken“ auf der Mobilfunklandkarte ausschließlich im ländlichen Raum befinden, trifft es erneut vor allem Kommunen in strukturschwachen Gebieten mit vielen Ortsteilen, bei denen der Infrastrukturaufwand ohnehin enorm hoch ist. Ferner ist es bei Mobilfunkstandorten ungleich schwieriger als etwa bei der Breitbandversorgung, „gemeindescharf“ zu arbeiten. Masten einer Kommune werden häufig auch Gebiete in Nachbarkommunen versorgen.

Da der für die Mobilfunkinfrastruktur zuständige Bund seiner Aufgabe nicht nachkommt, ist ein staatliches Programm zur Versorgung „weißer Mobilfunkflecken“ begrüßenswert. Allerdings muss der Bund dieses selbst zu 100 Prozent finanzieren und organisieren, da den Kommunen im ländlichen Raum keine weiteren finanziellen und bürokratischen Lasten zugemutet werden dürfen. Auch aus Effizienzgründen ist eine zentrale Abwicklung durch den Freistaat notwendig.

anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der FREIEN WÄHLER ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/19636 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und Frau Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und Herr Kollege Muthmann (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen über den CSU-Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/19637. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER und der Kollege Muthmann (fraktionslos). – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltungen der Fraktion der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Claudia Stamm (fraktionslos) ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich darf darauf aufmerksam machen: Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/19616 mit 17/19622 sowie auf den Drucksachen 17/19638 mit 17/1941 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Weiterhin darf ich bekannt geben: Die Tagesordnungspunkte 21 mit 23 – das sind die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Tiergerechte Mastgeflügelhaltung usw., auf den Drucksachen 17/18330, 17/18331 und 17/18493 – werden im Einvernehmen der Fraktionen von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und auf die Sitzung am 25. Januar 2018 verschoben.

Ich rufe gemeinsam die **Tagesordnungspunkte 24 bis 27** auf:

Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Ruth Waldmann, Ruth Müller u. a. (SPD)
Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Queer II:
Regelmäßige Berichte über die Gesundheit von schwulen Männern, lesbischen Frauen und Transgendern (Drs. 17/17797)

und

Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. (SPD)
Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Queer III: Lehrpläne für Altenpflegeschulen an queere Biografien anpassen (Drs. 17/17798)

und

Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. (SPD)
Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Queer IV: Schluss mit der staatlichen Diskriminierung von Schwulen und Lesben in Russland! (Drs. 17/17799)

und

Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Ruth Waldmann, Ruth Müller u. a. (SPD)
Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Queer V:
Maßnahmen gegen Diskriminierung von Lesben und Schwulen in Altenpflegeheimen (Drs. 17/18139)

Es handelt sich dabei um das Antragspaket der Abgeordneten Zacharias, Waldmann, Ruth Müller und anderer betreffend das Themenpaket "Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Queer II bis V". Bezüglich der Unterbetreffs verweise ich auf die Tagesordnung und das Protokoll. Die Gesamtrededzeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 36 Minuten. – Ich darf jetzt als Erster Frau Kollegin Zacharias das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Isabell Zacharias (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin, erschrecken Sie jetzt nicht, ich zitiere – nicht, dass Sie mich gleich rügen –: Du schwule Sau! – Das ist das meistgehörte Schimpfwort auf deutschen und auf bayerischen Schulhöfen. "Du schwule Sau" – also ein Schimpfwort, um eine Minorität – –

(Zuruf von der CSU: Das habe ich noch nie gehört!)

– Haben Sie noch nie gehört? Dann waren Sie noch nie auf einem bayerischen oder deutschen Schulhof.

Worte wie "Du Schwuler", "Du schwule Sau" sind immer noch tagtäglich Teil der Diskriminierung, die junge Männer, junge Frauen an Schulen erleben müssen. Diskriminierung von schwulen und lesbischen, bi-, trans- und intersexuellen Menschen ist an der Tagesordnung, Kolleginnen und Kollegen. Wir haben unsere Anträge auch deswegen noch einmal hochgezogen, weil ich erschrocken bin. Erschrocken ist jetzt noch harmlos formuliert. Ich bin überrascht, mit welcher Argumentation die CSU unsere Anträge ablehnt, und genauso erschrocken bin ich, mit welchen Argu-



Mitteilung

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/19616

Mobilfunkausbau nicht auf die Kommunen abwälzen

Der Dringlichkeitsantrag mit der Drucksachennummer 17/19616 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt